

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(111. - öffentliche - Sitzung am 20. August 2026)

Tagesordnung:

1. **31. Bericht über die Tätigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen für das Jahr 2025**

Unterrichtung - [Drs. 19/11151](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung des Berichtes in **gemeinsamer Sitzung** mit dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen entgegen und führt eine Aussprache darüber.

2. **Personalstrukturbericht 2024**

Unterrichtung - [Drs. 19/10705](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung des Berichtes durch die Landesregierung entgegen und führt eine Aussprache darüber.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der kommunalen Infrastruktur in Niedersachsen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11333](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch Ministerin Behrens entgegen und beginnt mit der Beratung. Er beschließt, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des amtlichen Vermessungswesens Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/10874](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und beschließt, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9622](#)

dazu: Eingabe 01997/02/19

Der Ausschuss setzt die Beratung auf Grundlage der Vorlage 15 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort. Ferner beschließt er, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu dem Änderungsvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 14) ergänzend schriftlich anzuhören.

7. **Entwurf eines Niedersächsisches Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren der Sicherheitsüberprüfungen und über die Grundsätze zum Schutz von Verschlusssachen (Niedersächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz - Nds. SÜG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/10875](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und beschließt, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

8. **Entwurf eines Gesetzes zum Rückbau kommunaler Bürokratie und zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen (Kommunales Bürokratierückbaugesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10930](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine schriftliche und eine anschließende mündliche Unterrichtung.

9. **Sport stärkt - Ehrenamt wirkt. Gemeinsam für ein starkes und solidarisches Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10912](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

10. **Arbeitspflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent umsetzen - Integration fördern, Kommunen entlasten, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10917](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

11. **Mängel bei der Erhebung von Gebühren für polizeiliches Handeln beseitigen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1297](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand auch unter Berücksichtigung des Entschließungsantrags „Zentralisierung und Digitalisierung der Gebührenerhebung und -bearbeitung bei der Polizei voranbringen - Effizienz steigern, Digitalisierung nutzen, KI-Potenziale prüfen“ ([Drs. 19/8549](#)) der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

12. Opfer von Kindesmissbrauch besser schützen - kinderpornografisches Bild- und Video-material im Internet umfassend löschen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6527](#)

Der Ausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzurufen.

13. Rückführungsmanagement optimieren - Sekundärmigrationszentren in Niedersachsen umgehend einrichten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9257](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand.

14. Straftaten im digitalen Raum wirksam und nachhaltig bekämpfen - vorsorgliche Speicherung von IP-Adressen endlich gesetzlich normieren

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9900](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zum aktuellen Sachstand.

15. Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Sechsfachmord von Stade

Der Ausschuss berät über den Antrag der CDU-Fraktion vom 10. August 2026 und bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung. Er beschließt, den Mitgliedern des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen die Teilnahme mit beratender Stimme gemäß § 94 Abs. 2 GO LT anheimzustellen.